

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Die Postgebühren sind im Preis inbegriffen. Einzelnummern 10 Pf. Die Postgebühren sind im Preis inbegriffen. Einzelnummern 10 Pf. Die Postgebühren sind im Preis inbegriffen.



Wagenpreis: die 8 gepolsterte Baumgasse 20 Pf., die 4 gepolsterte Zelle der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2 gepolsterte Reklamengasse im letzten Teile 1 RM. Nachmittagsgebühren 20 Reichspfennige. Sonntags- und Feiertagsausgaben werden nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 180 — 91. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postkod.: Dresden 2640      Mittwoch, den 3. August 1932

## Papens Pläne.

Die Zeit des politischen „Burgfriedens“ in Deutschland wird mehr oder weniger angenehm mit allerhand Diskussionen darüber ausgefüllt, wie sich denn nun angesichts der Wählergebnisse unsere innenpolitische Lage weiter entwickeln wird. Man hat für diese Diskussionen, die sich wohl allmählich in Verhandlungen fortsetzen werden, noch einige Wochen Zeit, weil dem Artikel 23 der Verfassung gemäß der neue Reichstag erst am 30. Tage nach seiner Wahl einberufen werden muß. Dann „konstituiert“ er sich zunächst, was — siehe den preussischen Landtag! — wohl nicht ganz ohne Schwierigkeiten abgehen dürfte, und erst nach Überwindung dieser Hindernisse wird die „große Politik“ abtun.

Infolgedessen diskutiert man vorläufig mehr als man Entschlüsse oder gar Beschlüsse faßt. Das gilt im übrigen nicht zuletzt auch für die Reichsregierung selbst, deren Leiter sich einem ausländischen Berichterstatter gegenüber gleichfalls sehr zurückhaltend äußerte. Politisch wenigstens — und hier ist ja auch vorläufig alles in der Schwebe. Herr v. Papen betrachtet das Ergebnis der Wahl vom 31. Juli als die Entscheidung des Volkes dahingehend, daß das Bestreben der Regierung, „das Land von der Parteiherrschaft zu befreien“, gebilligt worden sei. Und daher beachtliche seine Regierung keineswegs, sich um die Bildung einer Koalition im Reichstag zu bemühen, auf deren Unterstützung die Reichsregierung angewiesen sei. Dem kann man allerdings entgegenhalten, daß die Reichsregierung gleich bei der ersten Frage der „großen Politik“ auch keine Mehrheitskoalition gegen sich haben darf, dann nämlich, wenn es sich darum handelt, ob der in sicherer Aussicht stehende Antrag auf Aufhebung der Papenschen Notverordnungen vom 11. Juni und namentlich die vom 20. Juli im Reichstag zur Entscheidung steht!

Aus einer weiteren Andeutung des Reichskanzlers in jenem Interview kann man entnehmen, daß er vor den neuen Reichstag auch mit einem konstruktiven Programm treten und dann den neuen Volksvertretern bzw. den Parteien überlassen will, durch Ablehnung dieses Programms seine Durchführung zu verhindern, also das Kabinett zu stürzen, oder nicht. Derartiges ist bisher von jedem Reichskanzler vor jedem neu-gewählten Reichstag geschehen — nur wurde vorher durch entsprechende Verhandlungen mit den Parteien dafür gesorgt, daß der „Start“ einer solchen Regierungserklärung nicht zum parlamentarischen Mißerfolg führe. Herr von Papen will anscheinend also andere Wege einschlagen.

Einen breiten Raum nehmen in den Ausführungen des Reichskanzlers seine Maßnahmen und Vorschläge zur Verfassungs- und Verwaltungsreform ein. „Ich bin der Auffassung, daß Deutschland ein Oberhaus braucht“, und des weiteren wünschte von Papen eine Abänderung des Reichstagswahlrechts, das heute den Parteien eine viel zu große Macht einräumt. Wieder, wie vor kurzem schon einmal, erklärt der Reichskanzler, daß wir andere Sorgen und desto weniger Zeit hätten, „an die Staatsform zu denken“, die nicht im geringsten zur Debatte steht. Abzusehen ist ja auch gar nicht zu erwarten, daß sie in die Debatte geworfen wird.

Einen kleinen, andeutungsweise Ausblick auf kommende Verhandlungen darf man wohl aber in einem Satz der Ausführungen des Kanzlers sehen, wonach er „den Augenblick für gekommen“ sieht, daß die nationalsozialistische Bewegung am Wiederaufbau des Vaterlandes tätig mithelfen müsse. Wenn das nicht nur im und durch den Reichstag geschieht, sondern auch im Kabinett, so wäre allerdings in jenem Satz zum mindesten eine Regierungsumbildung angekündigt. Freilich dürfte gerade hierüber eine Entscheidung nicht heute oder morgen fallen.

## Papen auch preußischer Ministerpräsident?

Berlin, 2. August. Im Zusammenhang mit der Neuwahl des Reichstages wurde vielfach angenommen, daß das Reichskabinett im wesentlichen bestehen bleiben, daß aber auf dem Kanzlerposten eine Aenderung eintreten werde. An untergeordneter Stelle wird demgegenüber neuerdings die Auffassung vertreten, daß der Reichskanzler v. Papen sein Amt beibehalten wird und daß vielleicht auf einigen anderen Posten Aenderungen eintreten werden. Die weit rechts stehende Deutsche Zeitung glaubt heute bereits andeuten zu können, daß der Reichskanzler v. Papen auch zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt werden solle und daß er dann eine preussische Regierung bilden werde, mit der sich der Landtag wohl oder übel abfinden müsse, wenn er nicht wünsche, daß der Kanzler weiterhin kommissarisch regiere.

Zu dieser Meldung der Deutschen Zeitung ist zu bemerken, daß der Plan das Reichskabinett und das Amt des preussischen Ministerpräsidenten in einer Hand zu vereinigen, schon seit längerer Zeit erörtert wird, und daß diese Personalunion sich gegebenenfalls auch auf einige andere Ministerposten erstrecken soll. Ob und wie diese Pläne im einzelnen durchgeführt werden können, hängt natürlich noch von den kommenden Verhandlungen ab.

## Die Ländereinsprüche im Reichsrat.

Für die Opfer der „Kriobe“.

Reichsinnenminister Freiherr v. Gahl eröffnete die Sitzung mit folgendem Nachruf für die Opfer der „Kriobe“: „Seit der letzten Vollziehung des Reichsrats haben die Reichsmarine und das gesamte deutsche Volk einen überaus schweren und kaum faßlichen Verlust erlitten. Ein nach menschlichem Ermessen gesichertes Schiff wie das Schulschiff „Kriobe“ ist untergegangen und hat einen großen Teil seiner Besatzung mit sich in die Tiefe genommen, blühende Menschenseelen, die Hoffnung ihrer Eltern und die Hoffnung der Marine und des deutschen Volkes sind auf diese Weise den Seemannstod gestorben und haben ihre junge Laufbahn in der Marine mit diesem furchtbaren Ereignis abschließen müssen. Wir stehen losungslos und tiefer bewegt vor diesem schweren Unglück und wir gedenken in herzlichster Teilnahme aller derer, denen durch dieses Ereignis das schwerste Herzleid zugefügt worden ist. Wir gedenken der Eltern der von uns Gerissenen, wir gedenken der Kameraden, wir gedenken der Marine und aller derer, die in ihrem Herzen beteiligt sind an diesem furchtbaren Ereignis. Wir wollen dem Wunsch, wir wollen der Hoffnung und der Bitte Ausdruck geben, daß es uns erspart sein möge, jemals wieder ein solch schweres, weiteste Kreise treffendes Unglück in unserer Marine zu erleben. Sie haben sich zu Ehren der im Dienst gestorbenen jungen Seeleute und ihrer Angehörigen von Ihren Plätzen erhoben, ich danke Ihnen dafür.“

In der Vollziehung des Reichsrats gab der Vorsitzende des Reichsrats, Reichsinnenminister Freiherr von Gahl, für die Reichsregierung eine Erklärung ab, in der betont wird, daß die Reichsregierung von den früheren Erklärungen der Länder über die Rechtsverhältnisse im Reichsrat Kenntnis genommen habe und der Hoffnung Ausdruck gebe, daß sich die Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und den Ländern im Reichsrat weiterhin reibungslos vollziehen werde. Die Reichsregierung sei dazu um so mehr

berechtig, als die Gewähr gegeben sei, daß die Rechtsfragen durch eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes, der praktisch ohnehin in keiner Weise vorgegriffen werden könne, einer baldigen Klärung entgegengeführt werden.

Der Vertreter der bayerischen Staatsregierung betonte in einer Erklärung, daß die neue Zusammensetzung des Reichsrats der Reichsverfassung nicht entspreche und daß der Reichsrat nicht in der Lage sei, die ihm nach der Verfassung zukommenden Rechte auszuüben. Von einem Verwahrungsanspruch sehe Bayern nur ab, weil keine Mehrheit dafür zustande käme. Bayern behalte sich ausdrücklich alle Schritte vor und sei nur unter diesem Vorbehalt in der Lage, sich an den Verhandlungen zu beteiligen.

Der Vertreter Württembergs verwies auf die starken Bedenken seiner Regierung gegen die Einsetzung des Reichskommissars für Preußen. Württemberg sei unter ausdrücklichem Vorbehalt seines Rechtsstandpunktes zu sachlicher Arbeit im Reichsrat bereit.

Die badische Regierung ließ erklären, daß sie sich den von Bayern und Württemberg abgegebenen Vorbehaltserklärungen anschließen wolle. Ähnliche Erklärungen gaben Hessen, Hamburg, Lübeck, Bremen, Lippe und Schaumburg-Lippe ab. Die Vertreter der preussischen Provinzen behielten sich eine Nachprüfung der Rechtmäßigkeit vor.

In der Vollziehung des Reichsrats blieben die Plätze der preussischen Reichsratsvertreter leer.

Auf Vorschlag des Reichsinnenministers Freiherrn v. Gahl erklärte sich der Reichsrat damit einverstanden, daß für die nächsten drei bis vier Wochen eine Beratunpause eintritt, falls nicht irgendwelche dringlichen Angelegenheiten doch eine Einberufung des Reichsrats notwendig machen.

## Das große Rätselraten.

Jetzt beginnt das große Rätselraten, ob sich im neuen Reichstag doch noch eine Mehrheit zur Regierungsbildung zusammensindet, oder ob die jetzige Reichsregierung am Ruder bleibt, von Fall zu Fall sich dem Reichstag stellt und seine Billigung erzwingt oder mindestens seine Duldung. Pariser Blätter, die ja immer mehr über Deutschland wissen wollen als wir selbst, haben Telegramme veröffentlicht, die Abgeordneten Stilles aus dem Braunes Haus in München seien schon nach Berlin abgegangen und hätten dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister ihre Forderungen auf sofortige Umbildung der Regierung und Übergabe der Macht an die Nationalsozialisten vorgelegt. An der Geschichte ist natürlich kein wahres Wort. Der Reichskanzler ist am Dienstag von Berlin weg in Urlaub gefahren und hat niemand empfangen, und der Reichswehrminister hat sich zur gleichen Zeit auf eine Inspektionsreise nach Mitteldeutschland begeben. An den zuständigen Stellen lautet die Parole: Abwarten! Abwarten bis Ende August, bis der Reichstag zusammentritt.

Die Regierung v. Papen überläßt es vorerst den Parteien, sich über die möglichen Folgen der Wahl zu unterhalten.

Die große Frage ist die: Werden die Nationalsozialisten darauf bestehen, daß ihre Beauftragten in die Reichsregierung eintreten, sofort oder später, oder werden sie auf diesen Anspruch verzichten und nur bestimmte Bedingungen für eine freundliche Haltung gegenüber dem jetzigen Reichskabinett stellen? Die Äußerungen der nationalsozialistischen Blätter lassen noch keine bestimmten Schlüsse zu, vorerst sprechen die Blätter ganz allgemein davon, daß der Spruch des Volkes dem Nationalsozialismus die politische Führung zugesprochen habe. Starke Beachtung werden natürlich auch die Äußerungen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, weil ja diese beiden Parteien bei einer möglichen Mehrheitsbildung eine Rolle spielen. Das Zentrum ist in seiner Presse immer noch sehr zurückhaltend, weniger dagegen die Bayerische Volkspartei. Von München kommen Stimmen, die so klingen, als ob man sich dort innerlich auf ein Zusammengehen mit den Nationalsozialisten schon einstelle. Ganz deutlich wird das in den Parteimitteilungen der Bayerischen Volkspartei gesagt, die Nationalsozialisten müßten jetzt an die Verantwortung rufen, sonst wäre die Wahl sinnlos; aber den Traum von einer Parteidiktatur müßten sie vorher aufgeben, ebenso den Traum, daß sie das Zentrum und die Bayerische Volkspartei zerdrücken könnten. Dann bescheide Aussicht. Das klingt immerhin schon recht deutlich wie eine Einladung und Aufforderung an die Gegenseite, sich zu erklären. In einigen Wochen wird man klarer sehen. Vorerst liegen die Dinge noch so, daß die Meinung am meisten für sich hat, daß die jetzige Reichsregierung am Ruder bleibt.

## Die Germania für einen aktionsfähigen Reichstag.

Berlin, 2. August. Die Germania bemerkt in ihren Leitartikeln am Mittwoch unter anderem: Nach den schweren Werten der letzten Wochen, die den verfassungsrechtlichen Boden unseres Staatslebens leider nicht unberührt gelassen haben, ist es vor allem notwendig, daß irgendeine Regierung dem neuen Reichstag in dem ernstlichen Willen begegnet, mit ihm und in ihm eine sachliche Basis für die Erfüllung der Staatsoberpflichten zu finden, die niemals Sache der Regierung allein sind. Jede Regierung — welche auch immer es sein mag, die dem Reichstag demnächst begegnet — hat die gebieterische Pflicht noch den undurchsichtigen Verhältnissen und gewagten Experimenten der letzten Zeit wieder einen Ausweg zu normalen Verhältnissen zu suchen, und alle Parteien, soweit sie sich überhaupt zu einer aufbauenden Arbeit bereifunden — mögen sie nun opponieren oder die Regierungsarbeit positiv unterstützen — hoben die Pflicht, an der Erreichung dieses Zieles mitzuarbeiten. Noch so ausgezeichnete Wirtschaftsprogramme mögen aufgestellt und durchgeführt werden. Sie werden für die wirtschaftliche Erholung Deutschlands wenig oder nichts bedeuten, wenn nicht jene politische Normallage wiederhergestellt wird, die eine lebenswichtige Voraussetzung für das wirtschaftliche Vertrauen im Inn- und Auslande ist. Die Berücksichtigung dieser psychologischen und sachlichen Zusammenhänge ist umso wichtiger, als uns ein Winter bevorsteht, dessen wirtschaftlicher Tiefpunkt am allerwenigsten mit politischen Experimenten des Artikels 48 zu überwinden sein wird.

## Günstige Beurteilung der Reichstagswahlen in England: deutsche Werte steigen

London, 2. August. Die optimistische Beurteilung der Lage in Deutschland nach den Reichstagswahlen zeigte sich am Dienstag durch gute Kursgewinne der deutschen Werte auf dem Londoner Markt. Die Rentenprozentige Dawesanleihe stieg um zwei Punkte auf 83, die 5 1/2-prozentige Junganleihe schloß mit Steigerung von 1/2 Punkten bei 67 1/2.

Freid lehnt die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses ab. Berlin. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Reichstagsabgeordneter Fried, hat den Kommunisten mitgeteilt, daß er den Auswärtigen Ausschuss nicht einberufen werde. Fried hat seine Haltung in einem vom 30. Juli datierten Schreiben damit begründet, daß der alte Reichstag nicht mehr dem Willen des Volkes entspreche und der neue Reichstag eine ganz andere Zusammensetzung haben werde. Wie von kommunistischer Seite erklärt wird, wird man sich dort mit diesem Bescheid nicht zufrieden geben, sondern die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses, der als ständiger Ausschuss des Reichstages bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages noch in seiner bisherigen Zusammensetzung Geltung habe, trotzdem durchzusetzen versuchen, zumal eine Mehrheit des Auswärtigen Ausschusses für die Einberufung vorhanden sein soll.